



## **Niederschrift**

### **13. ordentliche öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau- und Stadtentwicklung, Umweltschutz und Verkehr der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Luckenwalde – Wahlperiode 2024 - 2029**

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 14.04.2026
<b>Sitzungsbeginn:</b>	18:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	20:46 Uhr
<b>Sitzungsort:</b>	Stadt Luckenwalde, Markt 10, Sitzungssaal, 14943 Luckenwalde

#### **Anwesend:**

##### **Vorsitzender-**

Herr Bert Lindner

##### **Mitglieder-**

Herr David Bode

Herr Frank Hildebrandt

Herr Andreas Krüger

Herr Jochen Kubick

Frau Monika Nestler

Herr Erik Scheidler

Herr Rainer Stock

Herr Michael Wessel

Herr Martin Zeiler

Vertreter für Herrn Nerlich

Vertreter für Frau Dr.  
Jürgen

##### **Sachkundige Einwohner-**

Herr Richard Küter

Herr Christian Penzel

Frau Cassandra Radtke

Herr Dietmar Reuter

Frau Dr. Ricarda Voigt

##### **Verwaltung-**

Herr Jochen Neumann

Herr Ingo Reinelt

Frau Liza Ruschin

Frau Lisa Schley

Herr Dirk Ullrich

##### **Gast-**

Herr Erik Haase

Herr Matthias Hoffmann

##### **Schriftführerin-**

Frau Sonja Dirauf

**Abwesend:**

**Mitglieder-**

Frau Dr. Anja Jürgen

Herr Matthias-Eberhard Nerlich

Frau Nadine Walbrach

**Sachkundige Einwohner-**

Herr Andreas Schröder

Herr Philipp Schumann

**Tagesordnung:**

**I. ÖFFENTLICHER TEIL:**

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2026
4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.03.2026
5. Feststellung der Tagesordnung
6. Vorstellung Entwurfsplanung Meisterweg
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 52/2023 „Trebbiner Straße/Mühlenstraße“ B-8147/2026
- 7.2. Antrag: Die lokale Wirtschaft fördern – Informationsveranstaltung für Unternehmen als effektives und zielgenaues Instrument für Information, Dialog und regionale Wertschöpfung - Fraktion SPD/GRÜNE A-8036/2026/1
- 7.3. Antrag: Prüfung der Annahme finanzieller Beteiligungen nach § 6 EEG 2023 - Fraktion CDU A-8042/2026
- 7.4. Antrag: Machbarkeitsstudie für die Installation einer großflächigen Solarthermie-Anlage auf den Dach- oder Freiflächen der Fläming-Therme - Fraktion GfL A-8043/2026
- 7.5. Antrag: Umstellung der Wärmeversorgung des städtischen Bauhofes - Fraktion GfL A-8045/2026
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern
9. Informationen der Verwaltung

- 9.1. Vorstellung Entwurf Kunstwerk Kreisverkehr Frankfelder Chaussee
10. Informationen des Ausschussvorsitzenden

## **II. NICHT ÖFFENTLICHER TEIL:**

11. Einwendungen gegen die Niederschrift des nicht öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2026
12. Feststellung der Tagesordnung
13. Anfragen von Ausschussmitgliedern
14. Informationen der Verwaltung
15. Informationen des Ausschussvorsitzenden

## **Öffentlicher Teil**

### **TOP 1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

**Herr B. Lindner** eröffnet die 13. Sitzung des Ausschusses für Bau- und Stadtentwicklung, Umweltschutz und Verkehr. Die Ladung erfolgte ordnungsgemäß. Zu Sitzungsbeginn sind zehn Mitglieder anwesend.

### **TOP 2. Einwohnerfragestunde**

keine

### **TOP 3. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.02.2026**

keine

### **TOP 4. Feststellung der Tagesordnung**

**Herr B. Lindner** informiert, dass der Tagesordnungspunkt „4. Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.03.2026“ entfällt, weil die Niederschrift noch nicht fertiggestellt ist. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung bestätigt.

### **TOP 5. Vorstellung Entwurfsplanung Meisterweg**

**Herr Ullrich** und **Herr Hoffmann** vom Ingenieurbüro Hoffmann aus Jüterbog stellen die Entwurfsplanung für die Sanierung des Meisterwegs vor (Anlage 1). Im Juni wird es dazu auch eine Anliegerversammlung geben. Die Sanierung ist für 2027 und 2028 geplant.

Auf Nachfrage von **Herrn Bode** erklärt **Herr Hoffmann**, dass Regen- und Schmutzwasser getrennt abgeleitet werden.

**Herr Bode** hält die eingeplanten Parkplätze für zu wenig. Er fragt, ob die Anwohner diesbezüglich Wünsche äußern können.

**Herr Hoffmann** gibt zu bedenken, dass auch am Fahrbahnrand geparkt werden darf.

**Frau Dr. Voigt** bedauert es, dass die Torfschichten entfernt werden sollen.

**Herr Hoffmann** berichtet, dass es gemäß Bohrungen und den Informationen der Anlieger etwa 3m dicke Schichten sind, die ausgetauscht werden müssen, um die Stabilität der neuen Straße zu sichern. Diese geringe Menge auszutauschen, sei kein Problem. Mit den Naturschutzbehörden steht man schon im Kontakt.

**Herr Krüger** bedankt sich dafür, dass die Sanierung endlich in Angriff genommen wird. Er fragt, mit welchen Kosten gerechnet wird und wo das Regenwasser eingeleitet wird, da die Menge ja sicher deutlich zunehmen werde.

**Herr Hoffmann** entgegnet, dass große Flächen entsiegelt werden. Es entstehen mehr Grünanlagen und der Stadtpark wird zur Versickerung genutzt. Nur ein Abschnitt bekommt einen Regenwasserkanal, der in die Nuthe führt.

**Herr Ullrich** informiert darüber, dass mit 1,95 Millionen Euro Kosten für die Stadt gerechnet wird. 70 Prozent sind umlagefähig, wobei die Anliegerbeiträge für Stadtpark und Festwiese nicht auf das Land Brandenburg umgelegt werden können.

Auf Nachfrage von **Herrn Reuter** erklärt **Herr Ullrich**, dass die Anliegerbeiträge direkt dem Land Brandenburg in Rechnung gestellt werden, seit das Land die Belastung für die Anlieger abgeschafft hat. Dies gilt jedoch nicht bei Erstausbau einer Straße, da dies nach Bundesrecht umgelegt wird.

**Frau Dr. Voigt** schlägt vor, die Kosten zu reduzieren, indem man beim Anpflanzen Ausgleichsmaßnahmen nutzt.

**Herr Ullrich** berichtet, dass das generell so gehandhabt wird. Die Kosten werden dann mit den anderen Baustellen gegengerechnet.

Auf Nachfrage von **Herrn Krüger** bestätigt **Herr Hoffmann**, dass viel zusätzlich gepflanzt wird, um den grünen Charakter des Stadtparks aufzugreifen. Neben den unbefestigten Randanlagen entstehen Pflanzbeete mit Bodendeckern, Hecken etc.

**Herr Scheidler** fragt, ob bei der Ausbaubreite die Schausteller berücksichtigt wurden, die Abstellplätze im Umfeld der Festwiese benötigen.

**Herr Ullrich** gibt zu bedenken, dass es sich um ein Wohngebiet handelt. Die Festwiese soll auf lange Sicht mit Wohnhäusern bebaut werden. Für Schausteller ist sie derzeit maximal dreimal im Jahr vorgesehen. Die Auffahrt ist dafür ausreichend. Parkplätze für die Zirkusbesucher wurden nicht eingeplant. Generell soll die Sanierung dazu beitragen, den Durchgangsverkehr zu mindern und mit Rechts-vor-links-Regelung und Aufpflasterung der Kreuzungen die Wohnqualität zu verbessern.

**Herr Scheidler** bittet die Verwaltung darum, demnächst die Pläne für die Festwiese und zukünftige Alternativstandorte für Zirkus etc. vorzustellen.

**Herr B. Lindner** möchte wissen, ob die Aufpflasterung der Kreuzungsbereiche mit der in der Theaterstraße oder der Dessauer Straße vergleichbar ist.

**Herr Ullrich** verneint. Es handelt sich mit 6 cm um eine deutlich höhere Aufpflasterung, die man sich von Usedom abgeguckt hat. In Luckenwalde gibt es einen solchen Versatz bereits an der Kreuzung Treuenbrietzener Tor/Waldstraße. Der Autofahrer wird damit gezwungen, die Geschwindigkeit zu reduzieren.

**Herr Krüger** fragt, ob man bei der Dimensionierung der Leitungen und Kanäle berücksichtigt hat, dass auf der Festwiese demnächst viele Wohnungen entstehen werden.

**Herr Hoffmann** hält den Schmutzwasserkanal für groß genug. Die Trinkwasserleitung ist eine Durchschnittsleitung. Berücksichtigen könnte das die Nuwab nur, wenn die Zahl der Abnehmer bekannt wäre.

**Herr B. Lindner** bittet darum, mit der Nuwab diesbezüglich Rücksprache zu halten.

**TOP 6. Beschlussvorlagen**

**TOP 6.1. Entwurfs- und Offenlegungsbeschluss zum B-8147/2026  
Bebauungsplan Nr. 52/2023 „Trebbiner  
Straße/Mühlenstraße“**

**Herr Haase** von der IDAS Planungsgesellschaft mbH stellt den Bebauungsplan Trebbiner Straße/Mühlenstraße vor (Anlage 2).

**Herr Scheidler** fragt, was mit dem Gebäude auf dem Plan links unten zu Beginn des geplanten Nuthegrünzugs passiert und ob weiterhin eine Radverbindung vorgesehen ist, um die Trebbiner Straße zu umfahren.

**Herr Haase** berichtet, dass es intensive Gespräche zwischen dem Stadtplanungsamt und dem Eigentümer Herrn Lunau gab, mit diesem Kompromiss als Ergebnis. Ein Bebauungsplan kann nur Aussagen für den Geltungsbereich treffen und demnach nur einen Baustein für das langfristige Ziel des Nuthegrünzugs darstellen.

**Herr Zeiler** ist mit dieser Antwort nicht zufrieden. Der Radweg ist dringend notwendig und der Verkehrsentwicklungsplan beschlossen.

**Frau Schley** erläutert, dass die Wegeverbindung im Bebauungsplan gesichert ist und für private Grundstücke Geh- und Fahrtrechte eingetragen wurden, die noch über einen städtebaulichen Vertrag zu sichern sind. Die Festsetzung weiterer Planungen war im Bebauungsplan auch aus zeitlichen Gründen nicht möglich.

**Herr Krüger** fragt nach dem lange geplanten Kreisverkehr.

**Herr Ullrich** betont, dass der geplante Kreisverkehr Trebbiner Straße/Beelitzer Straße/Haag/Salzufler Allee nichts mit der Mühlenstraße zu tun hat.

**Frau Dr. Voigt** fragt, wo der Radweg entlanggeführt werden soll und welche Gebäude dafür abgerissen werden.

**Herr Haase** wiederholt, dass der Bebauungsplan das langfristige Ziel einer Radwegverbindung nur vorbereitet. Dafür wäre ein Einvernehmen mit den Eigentümern notwendig. Es werden keine Gebäude abgerissen.

**Herr Zeiler** fragt, ob die Mühlenstraße ertüchtigt werden soll, um das Wohngebiet attraktiver zu machen.

**Frau Schley** antwortet, dass WA 1 und WA 2 über die Schützenstraße erschlossen werden. Die Mühlenstraße erschließt WA 3, da dort aber nur sechs zusätzliche Wohneinheiten entstehen würden, rechnet man nicht mit sehr viel mehr Verkehr. Eine Ertüchtigung ist daher nicht geplant. Der Rettungsweg für WA 3 führt ebenfalls über die Schützenstraße.

**Frau Dr. Voigt** kann die Festlegung des Rettungsweges nicht nachvollziehen. Über die Mühlenstraße erscheint ihr das sinnvoller.

**Frau Schley** erklärt, dass der Rettungsweg gesichert ist, wenn ein Gebäude nicht mehr als 50 m vom öffentlichen Straßenraum entfernt ist, was bei der Zuwegung über die Schützenstraße und die private Verkehrsfläche der Fall ist. Dies wird in einem städtebaulichen Vertrag und im Grundbuch gesichert.

**Herr Stock** fragt, ob bereits Planungen zur Schaffung von Wohngebäuden vorliegen.

**Frau Schley** kann dies nicht bestätigen. Es handelt sich um einen Angebotsbebauungsplan, der Planungsrecht schafft und nicht um einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan.

**Frau Dr. Voigt** fragt, welche Bäume gefällt werden sollen und warum der Ahorn in der Einfahrt, der wohl erhalten bleiben soll, nicht auch als erhaltenswert festgesetzt wird.

**Herr Haase** erläutert, dass der Bebauungsplan keine Fällung festlegt, sondern lediglich zwei Bäume als zwingend erhaltenswert festsetzt. Der Baum in der Einfahrt könnte dort eventuell Probleme bereiten. Die Verkehrsfläche kann auch eine Grünfläche sein und muss nicht zwingend asphaltiert werden. In den Wohnbauflächen greift die öffentliche Baumschutzsatzung. Nach Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde hat man sich auf diesen Kompromiss geeinigt.

**Frau Dr. Voigt** weist darauf hin, dass der Baum laut der Begründung erhalten bleiben soll und dass Baumhasel und Gleditschie nicht als „gebietsheimische Gehölze“ aufgeführt werden sollten. Sie fragt, warum der Radweg nicht als versiegelt in der Flächenbilanz auftaucht.

**Herr Haase** betont, dass es keine Festsetzung für den Radweg gibt. Dabei könnte es sich auch um einen Sandweg handeln.

**Herr B. Lindner** wiederholt, dass der Radweg bislang nur ein Gedankenspiel ist und noch nicht existiert.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Die Auswertung der Stellungnahmen aus der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB wird gebilligt (Anlage 1, Stand: 27. März 2026).
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 52/2023 (Anlage 2, Stand: 27. März 2026) mit der dazugehörigen Begründung (Anlage 3, Stand: 27. März 2026) wird in der



**TOP 6.4.            Antrag: Machbarkeitsstudie für die Installation einer großflächigen Solarthermie-Anlage auf den Dach- oder Freiflächen der Fläming-Therme - Fraktion GfL            A-8043/2026**

**Herr Kubick** erläutert den Antrag.

**Herr Reinelt** erklärt, dass man die Dachfläche der Therme 2016 nicht ausgereizt hat, weil der Statiker dies nicht genehmigt hatte. Wie berichtet und beschlossen hat man für Bundesfördermittel zur Sanierung der Therme Interesse bekundet. Verpflichtender Bestandteil dieser Förderung wäre die Untersuchung und Verbesserung der Energieeffizienz inklusive Gebäudedämmung, Ermittlung des Energiebedarfs etc. Eine zusätzliche Machbarkeitsstudie vorab erscheint nicht sinnvoll.

**Herr Kubick** sieht das pragmatischer. Die Zeit, die man noch abwarten will, reiche vielleicht schon aus, um eine Anlage zu amortisieren.

**Herr Neumann** tut sich schwer damit, bei der jetzigen Haushaltslage 30.000 bis 50.000 Euro für eine voreilige Machbarkeitsstudie auszugeben. Schon jetzt steht fest, dass die Therme demnächst grundhaft saniert werden muss und eine vorschnell installierte Photovoltaikanlage muss dann vielleicht wieder abgebaut werden. Er bekräftigt, dass die Verbesserung der Energieeffizienz in jedem Fall Bestandteil der ganzheitlichen Untersuchung sein wird.

**Herr Kubick** zieht den Antrag zurück.

**zurückgezogen**

**TOP 6.5.            Antrag: Umstellung der Wärmeversorgung des städtischen Bauhofes - Fraktion GfL            A-8045/2026**

**Herr Kubick** erläutert den Antrag.

**Herr Neumann** gibt ihm größtenteils recht. Auch hier bittet er um mehr Zeit, da eine umfassende Untersuchung notwendig ist, bevor das Heizsystem gewechselt wird. Die Gebäude müssen saniert werden und dann ergeben sich vermutlich ganz andere Bedarfe und neue Ideen.

**Herr Reinelt** ergänzt, dass man bereits an der Planausschreibung arbeitet. Die Dimensionierung des Bauhofs, der Personalbedarf und das Raumprogramm sollen untersucht werden, bevor die energetisch und finanziell sinnvollste Lösung gefunden werden kann. Es sollen mehrere Varianten geplant und vorgestellt werden, statt sich vorschnell festzulegen.

**Herr Kubick** dauert das zu lange. Die derzeitige Heizanlage sei überdimensioniert und könne nicht reguliert werden. Er sieht enorme Einsparpotenziale.

**Herr Reinelt** erklärt, dass die Vorlauftemperatur beim derzeitigen Gebäudezustand notwendig ist. Deswegen ist es sinnvoller, zunächst die Gebäudesubstanz zu untersuchen, bevor die Heizung ausgetauscht wird.

**Herr B. Lindner** fragt, ob am Antrag festgehalten wird, obwohl die Verwaltung sich des Themas bereits angenommen hat.

**Herr Kubick** hält den Antrag weiterhin für sinnvoll, da jedes Jahr Geld verschwendet werde. Man sollte hochrechnen, wie schnell sich das bezahlt machen würde und die Biomasse ist ja vorhanden.

**Herr Krüger** findet beide Anträge zeitgemäß. Diese schwierigen Themen müssen bearbeitet werden. Er kann sich vorstellen, dass die Städtischen Betriebswerke die Stadtverwaltung bei diesen Herausforderungen unterstützen könnten.

Auch **Herr Stock** sieht die Notwendigkeit der Anträge ein. Er hält den vorliegenden aber für nicht zustimmungsfähig und zu einengend. Er persönlich könne nicht entscheiden, ob eine Hackschnitzelheizung für den Bauhof die beste Lösung ist. Er bittet die Verwaltung darum, die bestehenden Planungen zeitnah vorzustellen.

**Herr Kubick** will den Antrag in einen Prüfantrag umformulieren. Der Beschlusstext soll folgendermaßen lauten: „Die Stadtverwaltung wird beauftragt zur Umstellung der Wärmeversorgung des städtischen Bauhofes von Heizöl auf Biomasse (Hackschnitzel, Gras, Laub) und zur Optimierung der Vorlauftemperaturen zur Senkung der Wärmeverluste eine technische Lösung zu prüfen.“

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zur Umstellung der Wärmeversorgung des städtischen Bauhofes von Heizöl auf Biomasse (Hackschnitzel, Gras, Laub) und zur Optimierung der Vorlauftemperaturen zur Senkung der Wärmeverluste.

Ja 10 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

**geändert empfohlen**

**TOP 7.            Anfragen von Ausschussmitgliedern**

**TOP 7.1.        Beschlussfassung Baturbo**

**Frau Dr. Voigt** fragt, warum die Änderungsvorschläge für die Leitlinien des Baturbos aus der letzten Ausschusssitzung nicht wie von der Verwaltung versprochen in die Beschlussvorlage eingearbeitet wurden. Sie sieht das als Vertrauensbruch.

**Frau Ruschin** erklärt das mit einem internen Informationsbruch. Fälschlicherweise wurde in der Stadtverordnetenversammlung die ursprüngliche und nicht die geänderte Anlage beschlossen.

**Herr Neumann** kündigt an, dass der Beschluss am 5. Mai erneut gefasst werden muss und die Beschlussvorlage angepasst wird.

**TOP 7.2.        Gestaltung Kreisverkehr Frankenfelder Chaussee**

**Frau Dr. Voigt** hat noch etliche Nachfragen zur Bepflanzung und Gestaltung des Kreisverkehrs Frankenfelder Chaussee. Die in den Antworten genannten Ziele der Gestaltung sind für sie nicht nachvollziehbar.

**Herr Ullrich** schlägt einen gemeinsamen Termin vor, um die offenen Fragen zu beantworten.

**TOP 8.            Informationen der Verwaltung**

**TOP 8.1.        Vorstellung Entwurf Kunstwerk Kreisverkehr  
Frankenfelder Chaussee**

**Herr Ullrich** erläutert den Entwurf für ein Kunstwerk, das im Kreisverkehr Frankenfelder Chaussee installiert werden soll (siehe Zusatzinformationen im Ratssystem).

**TOP 8.2.        Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft Anhalter Bahn**

**Herr Neumann** erinnert daran, dass er im Januar den Stadtverordneten bereits angekündigt hatte, der Arbeitsgemeinschaft Anhalter Bahn beitreten zu wollen. Inzwischen ist bekannt, dass dafür Gebühren in Höhe von 2.000 Euro pro Jahr fällig werden. Dies hält er für vertretbar und das Thema für so wichtig, dass er der Stadtverordnetenversammlung einen Beschluss zum Beitritt vorlegen möchte. Die Vorlage wird nicht mehr in den Ausschüssen beraten.

**TOP 9.            Informationen des Ausschussvorsitzenden**

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden, dass die anwesenden Mitarbeiter der Stadtverwaltung auch am nicht öffentlichen Teil der Sitzung teilnehmen.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 20:45 Uhr hergestellt.

Bert Lindner  
Vorsitzender

Sonja Dirauf  
Schriftführerin

13.10 24 31 11